ANZEIGE

KERNENERGIE *NACHRICHTEN*

Saubere Energie

Kernenergie vermeidet Kohlendioxid: Rund 160 Millionen Tonnen des klimaschädlichen Gases konnten allein 1992 in der Bundesrepublik Deutschland durch den Einsatz der Kernkraftwerke in der Stromversorgung eingespart werden. Das entspricht etwa 16 Prozent der deutschen Gesamtemissionen an Kohlendioxid. Seit Beginn der Kernenergienutzung in der Bundesrepublik 1961 wurden Emissionen von circa 1,8 Milliarden Tonnen CO_2 vermieden. Kohlendioxid gilt als Hauptverursacher des Treibhauseffektes. Kernenergie ist neben der Wasserkraft der einzige Energieträger, der bei der Stromgewinnung ohne Kohlendioxid-Emissionen verläßlich zur Verfügung steht.

Während die Kapazität der Wasserkraft in Deutschland jedoch bereits zu 90 Prozent ausgeschöpft ist, sind dem weiteren Ausbau der Kernenergie hinsichtlich der Uranreserven keine Grenzen gesetzt. Die Nutzung skandinavischer Wasserkraftwerke für Deutschland kann langfristig in begrenztem Umfang eine Entlastung bringen.

Fragen zur Kernenergie beantwortet Ihnen gern der

Informationskreis Kernenergie
Heussallee 10
53113 Bonn
02 28/50 72 13

Innere Sicherheit

„Raus aus der Schreibstube"

Der sächsische Innenminister Heinz Eggert (CDU) über Bürgerwehren

SPIEGEL: Herr Minister, Sicherheitsexperten der CDU verlangen die gezielte Förderung von Bürgerwehren. Hat die Polizei vor dem Verbrechen kapituliert?

Eggert: Sollte dieser Eindruck entstanden sein, wäre das fatal. Die Polizei hat das staatliche Gewaltmonopol zur Gewährleistung der inneren Sicherheit, und dabei muß es bleiben.

SPIEGEL: Ihre Parteifreunde wollen, daß sich Bürger zusammenschließen und nach Feierabend auf Verbrecherjagd gehen – womöglich bewaffnet.

Eggert: Ich kann vor falschen Hoffnungen, die sich damit vielleicht verbinden, nur warnen. Bürgerwehren haben keine besonderen Rechte, wie sie die Polizei zur Durchsetzung von Sicherheit und Ordnung beanspruchen kann. Deshalb würden wir die Menschen in staatlich geförderten Hilfstruppen sehr gefährden. Sie wären Zielscheibe von Aggressionen, ohne daß sie sich in der notwendigen Weise schützen könnten – und das bei der ungeheuer gestiegenen Gewaltbereitschaft der kriminellen Szene.

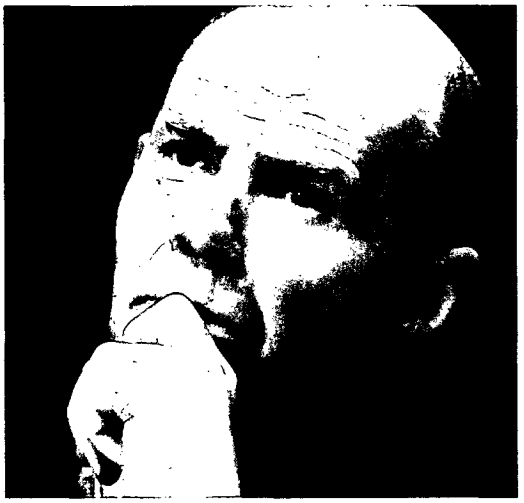
SPIEGEL: Was sagen Sie dann Leuten, bei denen, wie im Dreiländereck Deutschland, Polen und Tschechien, dauernd eingebrochen wird? Die werden aktiv, weil die Polizei den Tätern immer nur hinterherläuft.

Eggert: Die Polizei kann niemals überall in gleicher Weise präsent sein. Aufmerksamkeit und Wachsamkeit der Bürger in der Kriminalitätsbekämpfung sind deshalb sehr willkommen.

SPIEGEL: In welcher Form?

Eggert: Jedenfalls ist das nichts für Rambo-Typen. Mein Ziel ist es, in Sachsen so etwas wie kommunale Sicherheitsforen einzurichten: Bürger aus besonders gefährdeten Wohngebieten sollen sich mit der Polizei und Vertretern der Ordnungsämter zusammensetzen, um vorbeugende Maßnahmen abzustimmen.

SPIEGEL: Denken Sie an das Beispiel USA, in denen manche Wohngebiete als sogenannte Crime watch area ausgewiesen sind, als Viertel, in denen Verdächtige besonders aufmerksam beobachtet werden?



CDU-Politiker Eggert
„Hinsehen statt wegsehen"

Eggert: Genau. Wir wollen signalisieren: Hier passen Nachbarn auf – nicht wegsehen, sondern hinsehen. Das wirkt nicht nur abschreckend auf potentielle Täter, das steigert auch die Effizienz der Polizei, wenn es bei den Menschen zur guten Gewohnheit wird, verdächtige Beobachtungen schnell mitzuteilen . . .

SPIEGEL: . . . eine schöne Umschreibung für gegenseitige Bespitzelung.

Eggert: Nein, denn die Aufmerksamkeit soll sich nicht gegen die Nachbarn richten, sondern gegen Umstände, die als Bedrohung wahrgenommen werden.

SPIEGEL: Für mehr Effizienz bei der Polizei müßte doch zunächst einmal die Polizei selbst sorgen.

Eggert: Das tun wir auch, zur Zeit überprüft die Unternehmensberatung Kienbaum unsere Verwaltung – die Polizisten sollen heraus aus den Schreibstuben und dorthin, wo sie wirklich gebraucht werden. Deshalb möchte ich auch die Idee der allgemeinen Dienstpflicht für junge Männer und Frauen aufgreifen.

SPIEGEL: Dienst fürs Vaterland bei der Polizei statt bei der Bundeswehr oder im Altenheim?

Eggert: Nicht bei hoheitlichen Aufgaben im engeren Sinne, sondern zur Entlastung der Polizeiverwaltung. Es ist doch eine gute Sache, wenn jemand zur Sicherheit in seiner eigenen Heimatstadt beitragen kann. ❑